

Fachkräftesicherung

1.2.2012

Worum es geht...

Die Frage, wie angesichts der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren die Fachkräftebasis gesichert werden kann, ist für Gesellschaft und Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Auch wenn von einem generellen Fachkräftemangel noch nicht die Rede ist, werden in einigen Branchen und Regionen schon heute die Fachkräfte knapp. Bis 2025 wird das Erwerbspersonenpotenzial in NRW um rund 1,3 Mio. Personen sinken – und damit auch das Angebot an potenziellen Fachkräften. Das Problem wird durch die mangelnde Ausbildungsreife vieler Jugendlicher verschärft. Laut einer Umfrage in der nordrhein-westfälischen M+E-Industrie konnte fast ein Fünftel der Unternehmen Ausbildungsplätze aufgrund mangelnder oder ungeeigneter Bewerber nicht besetzen. Da obendrein die Schülerzahlen auch in NRW immer stärker zurückgehen, droht eine weitere Zuspitzung dieser Situation.

Aktuell gibt es in NRW Hinweise auf Fachkräfteengpässe in Metallberufen, bei Elektrikern, bei Berufsschullehrern sowie in den Gesundheits- und Pflegeberufen. Insbesondere der Mangel an Fachkräften im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – kurz MINT – nimmt zu. Gesucht werden vor allem Maschinenbau- und Elektroingenieure. Hier gibt es praktisch keine arbeitslos gemeldeten Kräfte. Die Folge ist: Aufträge können nicht angenommen werden, Projekte verzögern sich, es kommt zu Wertschöpfungsverlusten. Politik, Unternehmen und Beschäftigte müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen, damit Potenziale besser genutzt, konsequent entfaltet und zusätzlich erschlossen werden.

Was für die Wirtschaft in NRW wichtig ist...

- **Berufsorientierung in der Schule verbessern – Ausbildungsreife sicherstellen**

Ein hochwertiges Schul- und Bildungssystem ist Voraussetzung dafür, dass der Anteil nicht ausbildungsreifer Schulabgänger deutlich verringert wird. Zudem muss es, wie im Ausbildungskonsens NRW beschlossen, in allen allgemein bildenden Schulen spätestens ab Klasse 8 eine systematische Berufsorientierung für alle Schülerinnen und Schüler geben, damit diese frühzeitig auf das Berufsleben vorbereitet werden. Die Wirtschaft bringt sich hier durch vielfache Kooperationen intensiv ein.

- **Zahl der MINT-Absolventen erhöhen – Studienabbrüche reduzieren**

Nur ein Drittel aller Hochschulabsolventen in Deutschland hat ein MINT-Studium abgeschlossen. Um die MINT-Lücke zu schließen, wäre jedoch ein Anteil von mindestens 40 Prozent erforderlich. Zugleich ist die Abbrecher- und Wechselquote in den MINT-Fächern mit 33 Prozent auch im internationalen Vergleich sehr hoch. Ein deutlicher Rückgang der Studienabbrüche in den MINT-Fächern wäre ein erster wichtiger Schritt zur Erhöhung der Zahl der MINT-Absolventen. Außerdem gilt es, den Frauenanteil an den MINT-Absolventen von derzeit nur 32 Prozent deutlich zu erhöhen.

- **Ältere Beschäftigte länger im Erwerbsleben halten**

Die Beschäftigungsquote Älterer hat sich zuletzt äußerst positiv entwickelt. Jetzt muss die Politik Kurs halten: Es ist zwingend erforderlich, an der schrittweisen Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters festzuhalten und noch bestehende Frühverrentungsanreize abzubauen, etwa den verlängerten Arbeitslosengeldbezug für ältere Arbeitslose. Unternehmen und Beschäftigte müssen sich konsequent darauf einstellen. Dann werden auch altersgerechte Arbeitsbedingungen und längere Erwerbsbiografien selbstverständlich.

- **Erwerbstätigkeit von Frauen ausweiten**

Obgleich die Beschäftigungsquote von Frauen kontinuierlich zugenommen hat, bestehen erhebliche Entwicklungspotenziale. Familienbedingte Erwerbsunterbrechungen müssen verkürzt werden, auch damit erworbene Qualifikationen nicht veralten. Hierzu müssen vor allem die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Bisher hat nur jedes sechste Kind unter 3 Jahren in NRW einen Platz in einer Tageseinrichtung oder der Kindertagespflege. Die Betreuungszeiten müssen dabei flexibler werden und sich auch an den Bedarfen der Beschäftigten orientieren. Durch eine familienfreundliche Personalpolitik können Unternehmen ihre Beschäftigten unterstützen. Häufig erweisen sich dabei unbürokratische Lösungen im betrieblichen Alltag als besonders effektiv und verschaffen Beschäftigten wie Unternehmen die nötige Flexibilität.

- **Zuwanderung erleichtern und am Bedarf orientieren**

Da die „inländischen Stellschrauben“ alleine nicht ausreichen und entsprechende Maßnahmen zum Teil nur langfristig wirken, braucht Deutschland auch ein modernes Zuwanderungsrecht. Eine arbeitsmarktorientierte Zuwanderung führt zu mehr wirtschaftlicher Dynamik und damit zu mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für alle. Die beschlossenen Erleichterungen bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, die Absenkung der Einkommengrenze für die Niederlassungserlaubnis von Hochqualifizierten und Berufsanfängern mit Hochschulabschlüssen in Mangelberufen sind Schritte in die richtige Richtung. Noch wichtiger aber wäre die Einführung eines Punktesystems als Voraussetzung für eine wirklich bedarfs- und qualifikationsorientierte Zuwanderung.

- **Weiterqualifizierung aller Beschäftigtengruppen intensivieren**

Die deutsche Wirtschaft investiert bereits 27 Mrd. Euro pro Jahr in die Weiterbildung der Beschäftigten. Erforderlich sind darüber hinaus neue Konzepte „lebensbegleitenden Lernens“ entlang der gesamten Erwerbsbiographie. Dies gilt für Hochqualifizierte und Fachkräfte ebenso wie für geringer Qualifizierte und Ungelernte. Durch zielgerichtete Personalentwicklung können Unternehmen die Potenziale ihrer Beschäftigten besser ausschöpfen sowie deren Beschäftigungs- und Innovationsfähigkeit verbessern. Die Beschäftigten müssen sich ebenfalls verstärkt für die eigene Weiterbildung engagieren – gegebenenfalls auch in der Freizeit.

- **Landesinitiative „Fachkräftesicherung in NRW“ gemeinsam gestalten**

Landesregierung und Wirtschaft engagieren sich gemeinsam mit anderen Partnern in der Landesinitiative „Fachkräftesicherung in Nordrhein-Westfalen“. Die dort eingesetzten Fördermittel müssen effizient genutzt und gezielt für unternehmensnahe Projekte eingesetzt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass alle Handlungsfelder berücksichtigt werden und die Landesregierung zugleich ihrer originären bildungspolitischen Verantwortung gerecht wird.

